

Solidarität, Widerstand und die Stadtgarten-Bewegungen in Athen während und nach der Finanzkrise

Cordula Kropp und Athina Moroglou

Soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Initiativen lassen sich oft mit der Organisationsfähigkeit und den Ressourcen der Aktiven oder mit Bezug auf gesellschaftliche Risiko- und Krisendiskurse erklären. Das gilt auch für die Ausbreitung urbaner Nachbarschaftsgärten in deutschen Städten, die sich als eine Folge von besonders organisations- und kommunikationsstarken Gründerpersönlichkeiten auf der einen und verstärkten Diskursen der Klima-, Umwelt- und Marktkrisen auf der anderen Seite betrachten lassen (vgl. Baier et al., 2019; Kropp & Müller, 2018). In den hier besprochenen Fällen gilt beides nicht ohne weiteres: Die im Folgenden diskutierten Stadtgartenprojekte gehen weniger auf das Engagement ressourcenstarker oder besonders kompetenter Akteure oder auf sich langsam aufbauende, antizipative Krisendiskurse zurück. Sie sind vielmehr das Resultat einer plötzlich eingetretenen, gravierenden, nicht erwarteten Krise und geben damit jenen Recht, die Bewegungen im Kontext politischer Gelegenheitsstrukturen untersuchen. Was in der Theorie als Gelegenheit bezeichnet wird, erlebten die Menschen in den von der globalen Finanzkrise erschütterten Ländern wie Spanien, Irland oder Griechenland als schweren Einbruch öffentlicher Wohlfahrt, privaten Wohlstands und ihrer bis dato für selbstverständlich gehaltenen Zukunftsaussichten. Nach dem ersten Schock und gewaltigen Wut- und Protestausbrüchen brachte diese Situation die Selbstorganisation vielfältiger Lösungsansätze hervor, um die es im Folgenden geht.

Sie zeigen uns Projekte von Menschen, die das Vertrauen in die Zuständigen in Politik und Verwaltung verloren, aber Vertrauen in die gemeinsame Handlungsfähigkeit gewonnen haben. Sie zeigen auch, welche Bedeutung der solidarischen Gestaltung von Begegnungs- und Organisationsräumen zukommt, wenn staatliche und marktliche Versorgungsangebote ausfallen. Und sie zeigen schließlich, dass diese Organisationsformen häufig den Vertreter*innen der etablierten Institutionen ein Dorn im Auge bleiben, die, an hierarchischen Steuerungsformen von Herrschaft, Macht und Ordnung orientiert, Formen der zivilgesellschaftlich getragenen, sozialen Selbstorganisation als Vorboten unabsehbarer und bedrohlicher

Veränderungen wahrnehmen. Aus dieser Haltung erklären sich die scharfen Reaktionen der etablierten Systeme gegenüber den Initiativen, mit denen die langfristigen Erfolgsaussichten der selbstorganisierten Handlungsansätze in Schach gehalten werden (vgl. Simsa, 2016). So entstehen in Krisenjahren zwar soziale Innovationen, mit denen beherzte Menschen erfinderisch auf die unmittelbar erlebte Not reagieren, anstatt in Apathie und Politikverdrossenheit zu versinken. Nicht immer aber gelingt es, die Solidaritätseffekte auf Dauer zu stellen, erst recht nicht, wenn mit der wieder anziehenden Wirtschaft Gewinninteressen und ihre Verteidigung in Form der bekannten „Entwicklungspläne“ erneut die Oberhand gewinnen. Deshalb ist zu fragen, was aus sozialen Bewegungen am Ende jener Krisen wird, die sie als Gelegenheit für die Entwicklung utopischer Projekte nutzten. Wir gehen dieser Frage exemplarisch anhand von Stadtgartenprojekten in Athen nach.

Nicht nur in Griechenland haben sich in den Jahren der akuten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008-2013 soziale Bewegungen mit neuen Protestformen und Strategien der netzwerkartigen Organisation entwickelt (vgl. Della Porta, 2015; Kaldor & Selchow, 2015; Kousis, 2016). Diese Protestbewegungen entzündeten sich an den lokalen Folgen der neoliberalen Krise. Sie richteten sich gegen steigende Preise bei Wohnungen und Lebensmitteln, fehlende soziale Sicherheit, schwindende Kaufkraft, mangelhafte Freiheitsrechte, Demokratie und Integration. Kritisiert wurde die Ausbeutung der Vielen durch Wenige, die kreditfinanzierte Bereicherung mithilfe spekulativer Immobilienprojekte und die Umwandlung ganzer Städte und Stadtviertel zu Orten der Kapitalakkumulation (vgl. Harvey, 2008). Die Empörten (*Indignados*), wie sich die Protestierenden in Spanien und dann auch in Griechenland (*Aganaktismenoi*) nannten, organisierten im Zentrum der Metropolen Protestcamps, Konferenzen oder Messen in Theatern und Universitäten, um nach Alternativen zum gescheiterten neoliberalen Modell zu suchen. Sukzessive verlagerten sie ihr Engagement auf die Ebene der Stadtviertel, wo es vor allem um Fragen des sozialen Zusammenhalts und der Krisenbewältigung, der Versorgung, der Überwindung von Isolation, Kriminalität und Wohnungsnot sowie um Solidarität ging. Um der gesellschaftlichen Desintegration entgegenzutreten, entwickelten sie dort neue Formen der sozialen und politischen Mobilisierung und einer „Politik von unten“ (vgl. Kaldor & Selchow, 2015). Aus der Legitimitätskrise des globalen Finanzmarktkapitalismus wurde so erst eine Verantwortungskrise der nationalen Institutionen, dann eine Verwaltungskrise auf kommunaler Ebene und schließlich eine zivilgesellschaftliche Mobilisierung auf der Suche nach neuen politischen Identitäten, sozialen Normen und solidarischen Werten (vgl. Della Porta, 2015). Bei aller Unterschiedlichkeit revitalisierten die damit verbundenen Ansätze des kollektiven Handelns die Hoffnung auf Veränderung durch die Kraft sozialer Bewegungen jenseits politischer Institutionen und etablierter Organisationsformen. Ihr Anspruch auf gesamtgesellschaftliche Veränderung, der Netzwerkcharakter, die kollektive Identität und die Protesthandlungen machen sie zu sozialen Bewegungen (vgl. Baier et al., 2019, S. 24; Klein et al., 2018, S. 20; Roth & Rucht, 2008, S. 9ff.). Neu erscheint zum einen ihr starker Ortsbezug und die damit

einhergehende Verräumlichung gesellschaftlicher Utopien, zum anderen ihre Haltung gegenüber den etablierten Institutionen (vgl. Kousis, 2016; Simsa, 2016). Diese ist von grundsätzlicher Ablehnung geprägt und vom unbedingten Wunsch nach Handlungsautonomie, bei oft weiterbestehender räumlicher und/oder fiskalischer Abhängigkeit.

In unserem Artikel skizzieren wir zunächst kurz die durch die Finanzkrise ausgelöste Krise der sozialen und politischen Lebenslagen und -bedingungen in Griechenland. Das Land durchlebte dramatische ökonomische, soziale und politische Verwerfungen, die von der neoliberalen Austeritätspolitik verstärkt wurden und zu massiven Protestbewegungen der „Empörten“ führten. Aus diesen Unruhen gingen zum einen ein neues Verständnis von Solidarität als Leitbild des Widerstands gegen die neoliberale Agenda hervor und zum anderen, davon angeregt, eine Vielzahl von politischen und sozialen Aktivitäten und Bürgerprojekten.

Neoliberale Krise, Austeritätspolitik und soziale Bewegungen in Griechenland

Griechenland gehört zu den größten Opfern der globalen Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrisen von 2007 und 2008, die im Land zu einer Staatsschuldenkrise und gravierenden wirtschaftlichen Depression führten. Die Krise wurde offensichtlich, als der griechische Ministerpräsident Papandreu im Oktober 2009 die Staatsverschuldung nach oben korrigieren und angesichts dramatischer Liquiditätsprobleme kurze Zeit später den IWF (Internationaler Währungsfonds) und die europäischen Partner um ein Hilfsprogramm bitten musste. Nach kleineren Rettungsaktionen, Diskussionen um Griechenlands Austritt aus der Europäischen Währungsunion und einer beispiellosen Kapitalflucht aus dem Land nahm Griechenland schließlich ein umfassendes internationales Kreditpaket mit weitreichenden Sparzwängen an. Das europäische Schuldenregime und die mit ihm verbundenen harten Einschnitte in Sozialleistungen und öffentliche Ausgaben, Lohnkürzungen, Arbeitslosigkeit, insbesondere von Jugendlichen, und die Privatisierung öffentlicher Güter brachten Hunderttausende auf die Straße¹ und linke Parteien mit neuen Narrativen an die Macht (vgl. Kouki & Gonzales, 2016).

Tatsächlich führte die Schuldenkrise zu einer anhaltenden humanitären, sozialen, kulturellen und politischen Krise im ganzen Land, begleitet von einer heftigen Anti-Austeritätsbewegung mit Generalstreiks, Protestmärschen und konfrontativen Demonstrationen. Dabei ragen der „Aufstand vom Dezember

1 Der sogenannte Aufstand von 2008 entzündete sich an der Erschießung eines 15-jährigen Schülers durch einen Polizeibeamten. Die Wut der Protestierenden richtete sich also nicht nur gegen die Auswirkungen der Finanzkrise, sondern auch gegen den sie flankierenden Polizeistaat.

2008“ zu Beginn der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und die „Bewegung der Empörten“ bzw. „der Plätze“ 2011, ausgelöst durch das erste von der Troika auferlegte Sparprogramm, heraus. Während der „Aufstand“ 2008 von Beginn an von Zusammenstößen mit der Polizei geprägt war, verlief die Besetzung zentraler Plätze, allen voran des Syntagma-Platzes in Athen², zunächst weitgehend friedlich. Der Syntagma-Platz wurde für zwei Monate zu einem vielfältig genutzten, hybriden Raum zwischen Protest und Zukunftsutopie. Es fanden Versammlungen, kulturelle Events, Konzerte und Solidaritätsveranstaltungen statt, es bildeten sich Gesprächskreise und Arbeitsgruppen, es entstand eine Solidaritätsklinik.³ Zentral war das Bestreben, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, Politiker*innen von allen Prozessen auf dem Platz auszuschließen und die repräsentative Demokratie und ihre Führungsform zurückzuweisen.⁴

Nachdem das Camp auf dem Syntagma-Platz im Juni 2011 durch Polizeigewalt aufgelöst worden war, stellte sich den Besetzer*innen die Frage, wie die spontanen und kollektiven Aktionen in eine „neue radikale, selbstorganisierte und antagonistische politische Ökonomie des Alltagslebens“ (Dalakoglou, 2012, S. 537) verwandelt werden könnten. Gesucht wurden Aktionen, die nicht nur ein bewegter Moment sein, sondern Teil einer neuen städtischen Realität werden würden.

Die Protestbewegung wandelte sich ab 2012 zu einer breiten Unterstützungsbewegung für bedürftige und von der Krise stark betroffene Menschen, von der auch viele Geflüchtete profitierten. In den folgenden Monaten und Jahren entstanden solidarische Projekte im ganzen Land: Soziale Lebensmittelläden und Kliniken, alternative Währungsnetzwerke, Arbeiter*innenkollektive, Zeitbanken, urbane Gärten, „Märkte ohne Zwischenhändler“ und Peer-to-Peer-Dienste, Kooperativen und gemeinschaftliche Kochkollektive prägten nun die griechische Wirklichkeit in den Städten und stärkten an vielen Orten die wirtschaftliche und politische Widerstandskraft.

Ebenso war der „Aufstand“ von 2008 nicht einfach verpufft, sondern auch hier haben sich die Aktivitäten verlagert. Die soziale Bewegung wandelte sich, gewann aber teilweise noch mehr Anhänger*innen. Die Menschen experimentierten zunehmend auf lokaler Ebene. Gegenseitige Hilfe, Selbstorganisation und Solidarität als übergreifendes Leitbild des Widerstands wurden zum zentralen Merkmal des kollektiven Handelns in der Stadt und darüber hinaus (vgl. Arampatzi, 2018).

2 Auf dem Platz befindet sich auch das Parlament.

3 Die (Platz-)Aktivitäten entfalteten auch langfristige Wirkungen: Die erste selbstverwaltete Gemeinschaftsklinik inspirierte zu 26 weiteren im ganzen Land; Genossenschaften, Ökodörfer und „Zurück-zum-Land“-Initiativen, die auf dem Syntagma-Platz begannen, verbreiteten sich überall in Griechenland (vgl. Varvarousis & Kallis, 2017).

4 Bis zu 2,6 Millionen Menschen sollen sich an den Aktionen beteiligt haben (vgl. Leontidou, 2012).

Die Stadtgartenbewegung in Athen

In diesem Kontext ist auch die Stadtgartenbewegung in Athen einzuordnen. Im Folgenden werden zwei Stadtgarten-Projekte in Athen näher betrachtet.⁵

Die Selbstorganisation eines Stadtgartens für Athen: der Navarinou-Park

Noch während der Unruhen 2008 riefen Bürgerinnen und Bürger zusammen mit politischen Initiativen in Exarchia den „Navarinou-Park“ als selbstorganisiertes Nachbarschaftsprojekt ins Leben. Die politischen Ereignisse hatten ein starkes Bedürfnis nach selbstverwalteten und selbstorganisierten Räumen geweckt, um sich auszutauschen, die Lage zu verstehen und Antworten auf die dramatischen Ereignisse zu entwickeln. Außerdem brauchte das Stadtgebiet dringend eine grüne Erholungsfläche. Exarchia ist ein dicht bevölkertes Innenstadtviertel von Athen, das als Zentrum der anarchistischen, linken, antifaschistischen und aktivistischen Kultur gilt. Das Viertel ist verhältnismäßig dicht mit sechs- bis achtstöckigen Wohnblöcken bebaut und verfügt wie viele griechische Metropolen kaum über Grün- und Freiflächen.⁶

Bis 2008 wurde das städtische, 1400 Quadratmeter große Grundstück des zukünftigen Navarinou-Parks als Parkplatz genutzt. Als der Pachtvertrag 2008 auslief und die Stadtverwaltung das Grundstück zur Baufläche erklärte, machte das „Initiativkomitee der Einwohner*innen von Exarchia“ gegen die geplante Bebauung mobil. Mit bunten Plakaten riefen die Aktivist*innen die Bevölkerung zum Widerstand auf (vgl. Avdikos, 2011).

Die Mobilisierung hatte großen Erfolg: Mehr als fünfhundert Menschen kamen schon am ersten Tag und brachten Pflanzen und kleine Bäumchen mit. Die Aktivist*innen stellten Maschinen bereit, um die Betonoberfläche aufzubrechen (vgl. Avdikos, 2011). Durch die kollektive Aktion nahm das Unterfangen schnell Form an. Von Beginn an entwickelten sich im Stadtgarten direktdemokratische Prozesse der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung. Es gab offene wöchentliche Versammlungen, auf denen alle Entscheidungen zur Zukunft des Parks und zum Umgang mit verschiedenen Bedürfnissen und Wünschen gemeinsam getroffen und auch Veranstaltungen und Aktivitäten solidarisch organisiert werden sollten.

5 Beide Fallstudien gehen auf die Masterarbeit von Athina Moroglou im Rahmen des Studiengangs Integrated Urbanism & Sustainable Design an der Universität Stuttgart zurück. Zu den Unterschieden in den sozialen Praktiken, Zielen und Räumlichkeiten sowie in Entwicklungspotenzial, Maßstab und Ansatz dieser und weiterer Initiativen vgl. Moroglou, 2020.

6 Grundsätzlich sind Stadtgärten und urbanes Grün in Griechenland eine Seltenheit und entstehen meist nur im „Restraum“ zwischen privaten Wohnblöcken. Die Urbanisierung setzte in Griechenland spät ein und der Prototyp urbaner Bauten sind flexible Polykatoikia-Wohnmodule, einfache Geschossbauten in Stahlbetonweise, die äußerst kostengünstig erstellt werden. Ohnehin betrachten die meisten Griech*innen Städte nur als temporären Wohnsitz, bevor sie in ihre ländliche Heimat zurückkehren.

Da das Projekt als Teil einer größeren Bewegung entstand, gelang es den Aktivist*innen, ihren selbstorganisierten Stadtgarten zu verteidigen. Von Anfang an strebten die Beteiligten nach Autonomie. Wie ein Aktivist im Interview erklärt, beschlossen sie, sich von staatlichen, kommunalen oder privatwirtschaftlichen Institutionen fernzuhalten und sich stattdessen auf Graswurzelgeist, gemeinsame Aktion und solidarische Zusammenarbeit zu fokussieren (Interview im Juni 2020; Moroglou 2020; vgl. auch den Blog der Initiative Parkingparko o. J.).

Mit dem gemeinsamen Gemüseanbau knüpften einige Bewohner*innen an Subsistenzpraktiken an, die sie aus ihren Herkunftsorten kannten. Weil sich die Versprechungen der neoliberalen Agenda so gründlich desavouiert hatten, kämpften die Menschen darum, eigene Handlungsmacht in den lokalen Nachbarschaften aufzubauen. Eine eigene Grünfläche, Gemüseanbau, die Fähigkeit, gruppenübergreifende Mahlzeiten und Tauschmärkte an einem selbst kontrollierten Ort zu organisieren, schufen ein neues Selbstbewusstsein. Die gemeinsamen Aktionen wurden als sinnstiftend erlebt, inklusive der diversen Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt. Die offenen Treffen, die gemeinsamen Versorgungsstrategien und die Raumanneignung verankerten in den Beteiligten ein Gefühl für das Recht auf Stadt. Veranstaltungen mit Reden, Dokumentarfilmen und Spendenaktionen für politische Gefangene unterstrichen die politische Zielsetzung des Navarinou-Parks.

Zunächst beteiligten sich viele Einzelpersonen und Kollektive mit unterschiedlichen politischen Hintergründen an der Gestaltung des Gartens, von Linken über Pazifist*innen bis hin zu Anarchist*innen und Antiautoritären (vgl. Avdikos, 2011). Detaillierte Organisationspläne regelten den Umgang mit den Mitteln, die aus Spenden oder persönlichen Überschreibungen kamen, und verschiedene Arbeitsgruppen kümmerten sich um den Erhalt der grünen Infrastruktur, den Gemüsegarten und die Reinigung des Platzes.

Die Beteiligung der Menschen an den wöchentlichen Versammlungen für die Instandhaltungs- und Organisationsarbeiten nahm jedoch im Laufe der Jahre langsam ab und schloß 2018, neun Jahre nach der Besetzung des Raums, ein. Die verbliebenen Aktiven überlegten, wie sie das Überleben des Projekts sichern könnten, und wandten sich erneut an die Nachbarschaft. Zum Schluss wurde der Park unter Beteiligung engagierter Eltern in einen großen Spielplatz für die Kinder des Viertels umgewandelt. 2019 konnte er eröffnet werden. Auch weiterhin sind alle eingeladen, im Navarinou-Park Veranstaltungen zu organisieren – sofern sie sich auf die gemeinsamen solidarischen Werte der Initiative beziehen und Widerstand gegen die Logik des Gewinnstrebens, des Konsumismus und der Privatisierung leisten.

In den Medien wurde die erneute Umwandlung des Navarinou-Parks als „Raumplanungsmodell“ und „Bottom-up-Experiment“ gefeiert. Die Stadtverwaltung jedoch verweigerte jede Unterstützung der Initiative und unternahm keinen Versuch einer gemeinsamen Planung mit den Aktiven. Nach einem Wechsel in der Stadtregierung im Juni 2019 stellte sie sich dann ganz gegen das Vorhaben: Im Rahmen seiner allgemeinen Agenda der Wiederbelebung der Stadt und speziell

des Innenstadtviertels Exarchia veröffentlichte Bürgermeister Kostas Bakoyiannis Pläne für den Platz, die die bisherigen Nutzungen nicht berücksichtigten (vgl. Souliotis, 2019).

Trotz oder wegen seiner wechselhaften Geschichte darf der Navarinou-Park als gelungenes Experiment sozialer Selbstorganisation verstanden werden, das kreativ solidarische Alltagsroutinen des Denkens und Handelns etablierte. Stavrides (2015) versteht Entstehung und Gestaltung des Navarinou-Parks als Akt der kollektiven Selbstbestimmung und Selbstverwaltung, der „Institutionen der Gemeinsamkeit“ ausbildete. Mit dem Stadtgarten entwickelte sich ein Ort, der die Hoffnung der lokalen Bevölkerung auf neue Formen der Kommunikation und des Zusammenlebens nährte. Darüber hinaus trug er wesentlich zur Integration der Menschen im Viertel und in der Stadt bei. Die Initiative reagierte mit ihren Aktivitäten auf die wirtschaftliche Krise. Sie spendete Trost, unterstützte im Alltag und politisierte die Bevölkerung. Der Navarinou-Park kann als Modell für eine erfolgreiche Raumanneignung gelten, was umso bemerkenswerter ist, als fast keine Tradition partizipativer Stadtprojekte in Griechenland existierte. Aber ob er im Viertel, in dem die Mieten heutzutage rasant steigen, auch zukünftig überleben kann, ist fraglich. Allerdings schätzen die Aktivist*innen die politischen Kosten einer Räumung des Parks als hoch ein, weil er bei den Bewohner*innen von Exarchia so beliebt ist und sich viele selbst aktiv an der Gestaltung des Platzes beteiligt haben (vgl. Moroglou, 2020).

Die selbstverwaltete Landwirtschaft auf dem Gelände des alten Flughafens

Was mit dem 6,2 Millionen Quadratmeter großen städtischen Areal mit 958 Gebäuden nach dem Abzug des Flughafens geschehen sollte, war jahrelang höchst umstritten. Der Status als öffentliches Eigentum, die vorteilhafte Lage direkt am Meer, die Größe und die klare Abgrenzung machten die riesige Fläche zum Gegenstand vieler Begehrlichkeiten. 2016 unterzeichnete die griechische Regierung schließlich die endgültige Vereinbarung mit einer griechischen Investorengesellschaft, die den ehemaligen Athener Flughafen in einen gigantischen Komplex mit Geschäfts- und Freizeitaktivitäten, Hotels, Konferenzzentren und einem Kasino verwandeln sollte.⁷ 2020 wurde das Gelände geräumt, um diesen Plan verwirklichen zu können.⁸ Bis dahin diente die Fläche verschiedenen Aktivist*innen als Experimentierraum.

7 Die Gesamtkosten der Investition wurden in der Presse mit 8 Milliarden Euro angegeben, was etwa 4,5 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts des Landes im Jahr 2016 entsprach (vgl. Global Construction Review, 2017).

8 Die große Solidaritätswelle der Athener Bewohner*innen für eine Solidaritätsklinik auf dem Gelände und die Unterstützung aus dem Ausland führten zumindest dazu, dass der Ruf nach Bereitstellung eines Ersatzortes schließlich gehört wurde. Die Gemeinde eines benachbarten Bezirks bot der Gemeinschaftsklinik ein öffentliches Gebäude an, um ihre unverzichtbare Arbeit fortzusetzen.

Die *Metropolitan Community Clinic*, die erste selbstorganisierte Solidaritäts- oder Gemeinschaftsklinik der Stadt, die 2011 während der Besetzung des Syntagma-Platzes entstanden war, um Menschen, die im Zuge der Krise den Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem verloren hatten,⁹ kostenlose Behandlungen anzubieten,¹⁰ hatte nach der Räumung des Syntagma-Platzes mit Unterstützung des Bürgermeister*in von Elliniko-Argyroupoli in ein Gebäude auf dem ehemaligen Flughafen umziehen können.

Auch die Stadtfarm – der selbstverwaltete landwirtschaftliche Betrieb von Elliniko – war 2011 aus den Protesten bzw. der „Bewegung der Plätze“ hervorgegangen. Ziel der Gartenaktivist*innen war zunächst, das Potenzial des Elliniko-Geländes als öffentlichen Grünraum hervorzuheben. Zu diesem Zweck legten Freiwillige einen großen Acker für eine urbane Landwirtschaft an. Was als symbolische Aktion startete, erlebte in den folgenden neun Jahren eine kontinuierliche Weiterentwicklung zu einem selbstverwalteten landwirtschaftlichen Betrieb. Die Dauerhaftigkeit des Projekts beruhte auf der unerwartet großen und kontinuierlichen Beteiligung an vielen Gemeinschaftsaktivitäten sowohl sozialer als auch politischer Ausrichtung. Mit ihrem landwirtschaftlichen Betrieb verfolgten die Aktiven das Ziel, zugleich den ökologischen Landbau in der Stadt zu verbreiten, traditionelles Saatgut aus ganz Griechenland zu retten und Wissen mit anderen ökologischen Landwirt*innen auszutauschen. In dem Projekt fanden viele bedürftige soziale Gruppen Unterstützung, darunter ab 2015 viele Geflüchtete. Die Flächen luden dazu ein, sich mit anderen sozialen Aktionen zu vernetzen und den solidarischen Anbau immer weiter auszudehnen.¹¹

Ein Forschungsprojekt der Technischen Universität Athen zur Entwicklung des Geländes sah die Gestaltung eines Stadtparks vor, in dem Forschungs-, Kultur-, Bildungs-, Sport- und Verwaltungsgebäude sowie sanfte Formen der Freizeitgestaltung und gemeinwirtschaftliche Nutzungen für alle angesiedelt sein sollten. Die Ackerbauinitiative arbeitete mit den Wissenschaftler*innen zusammen, schien deren Vorschlag doch die Chance zu bergen, „von unten nach oben“ zu planen, und entsprach damit auch ihrer Vision. Mit ihrem Guerilla-Landwirtschaftsprojekt hatten die Gartenaktivist*innen von Anfang an ein Beispiel dafür geben wollen, wie das städtische Land von der Stadtbevölkerung selbst verwaltet und genutzt werden und wie Städter*innen die verlorene Verbindung zur Lebensmittelproduktion, zu Jahreszeiten und Produktionszyklen wiedergewinnen könnten. Es

9 Dass viele Menschen ihren Versicherungsschutz verloren hatten, war eine Folge der Kürzungen im öffentlichen Gesundheitssystem, zu denen sich der griechische Staat gezwungen sah.

10 In der Folge gründeten engagierte Ärzt*innen, Pfleger*innen und Apotheker*innen in verschiedenen Stadtteilen Athens weitere Solidaritäts- oder Gemeinschaftskliniken und -Apotheken und sorgten für eine kostenlose Gesundheitsversorgung auch von Illegalisierten.

11 Bis heute ist das Netzwerk und eine zugehörige Facebook-Gruppe aktiv, um lokales Bio-Saatgut zu teilen, Permakultur-Workshops zu organisieren und zu Themen wie Gartenbau, Nutzung von öffentlichem Raum, Entwicklungsprojekte für die Stadt etc. zu informieren.

hatte sich im Laufe der Jahre gezeigt, dass viele Stadtbewohner*innen an genau solchen Graswurzelprojekten interessiert und auch bereit waren, sich an der Schaffung und Erhaltung des Stadtgartens zu beteiligen. Deshalb setzten sich die Aktivist*innen engagiert dafür ein, die Fläche im Sinne der Menschen vor Ort zu nutzen und nicht im Profitinteresse der Privatwirtschaft bzw. im Sinne einer neoliberalen Stadtpolitik. Bis 2015 ging alles gut, die kommunalen Politiker*innen überließen ihnen das Land und unterstützten ihre Arbeit. Dann wechselte die Stadtregierung von einer linken zu einer konservativen Partei. Diese entzog dem Projekt umgehend jede Unterstützung. 2020 griff sie den Vertrag von 2016 mit der Investorengesellschaft ohne jede Veränderung wieder auf. Nachdem die Behörden die Strom- und Wasserversorgung Anfang 2020 gekappt hatten, um alle Aktivitäten auf dem Gelände wirksam zu unterbinden, und die Bauunternehmen mit ihren Baggern anrückten, gab die solidarische Landwirtschaft von Elliniko ihre Tätigkeit auf.

Die Initiativen und die Staatsgewalt

In unserem Beitrag wurden zwei Stadtgarteninitiativen vorgestellt. Beide entstanden im Zuge der Proteste gegen die Austeritätspolitik, die dem Land infolge der internationalen Finanzkrise aufgezwungen worden war. Ihr spezifischer Charakter ist vor dem Hintergrund einer neoliberalen Stadtpolitik und der Entfremdung der Zivilgesellschaft von der eigenen Regierung und ihren Institutionen zu verstehen. Dies erklärt zum einen ihren Fokus auf öffentlich sichtbare Orte, der mit der „Bewegung der Plätze“ entstand, zum anderen das Beharren auf horizontalen Organisationsformen und demokratischer Gleichberechtigung. Genau diese Merkmale fordern die etablierten Institutionen jedoch in besonderer Weise heraus, zumal sie *in coram publico*, vor aller Augen, stattfinden und überzeugend den Wert solidarischer Handlungsweisen als Kontrast zur wettbewerbsorientierten Herangehensweise der Stadtregierung inszenieren.

Den Stadtaktivist*innen ging es um die Entwicklung alternativer, strikt solidarischer Formen der sozialen Teilhabe und politischer Gestaltung als Antwort auf die katastrophalen Folgen einer neoliberalen Politik. Protestierende entwickelten Organisations- und Handlungsfähigkeit und wollten bald die Dinge „selbst in die Hand nehmen“. Dabei entfalteten sie auch einen neuartigen Raumbezug (vgl. Kaika & Karaliotas, 2016; Kousis, 2016). Ihre Projekte sollten der verbliebenen Bevölkerung¹² trotz der Staatskrisen Hoffnung auf eine andere Gesellschaft geben und unmittelbar veranschaulichen, wie ein gerechteres Zusammenleben aussehen könnte. Gerade weil das Land unter dem Druck der Gläubiger zum Beispiel seinen

12 Viele junge Menschen und qualifizierte Fachkräfte verließen das Land, um den verheerenden Auswirkungen der Finanzkrise zu entkommen.

größten Hafen (Piräus), vierzehn Flughäfen und die nationale Telekommunikationsgesellschaft (OTE) verkaufen musste, zielten die Stadtgartenprojekte auf eine (Wieder-)Aneignung des öffentlichen Raums durch die griechische Bevölkerung. Die Raumanneignung sollte ermutigend wirken und der Suche nach demokratischen Formen der gesellschaftlichen Teilhabe und Organisation einen sichtbaren und allgemein zugänglichen Boden bereiten.

Viele der in der Krise entstandenen sozialpolitisch engagierten Initiativen sind bis heute aktiv, wenn auch die Zahl der Gemeinschaftsprojekte seit 2015/2016 deutlich zurückgegangen ist. Mit der Enttäuschung über die politische Entwicklung der linken Syriza-Partei hat sich das politische Engagement insgesamt reduziert. Im Navarinou-Park ließ nach den ersten Jahren die Begeisterung für die Selbstorganisation nach, und einige Anwohner*innen fielen in die frühere „Delegationshaltung“ ohne echte Verantwortungsübernahme zurück. Aber das Projekt konnte dank des findigen Engagements zentraler Akteure dennoch erfolgreich fortgeführt werden; 2018 flammte das Engagement für den öffentlichen Raum mit stärkerem Bezug auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Nachbarschaft als großer Spielplatz wieder auf. Fragen der sozialen Teilhabe in der Stadt gewannen dabei an Bedeutung, während die gesellschaftspolitischen Visionen in den Hintergrund rückten.

Auch im Fall der Metropolitan Community Clinic von Elliniko verschob sich der Schwerpunkt im Kampf um ihren Erhalt stärker auf ihre soziale Bedeutung für die Gesundheitsversorgung, zumal die dezidiert politische Kritik, die von Anfang an mit dem Projekt einherging, ihre Akzeptanz und ihren Standort eher zu gefährden schien. Die in der Bevölkerung wertgeschätzte Sozialklinik wurde vom politischen Establishment in Athen als Provokation wahrgenommen. Die breite, auch internationale Unterstützung ihrer Arbeit und ihrer Werte (Solidarität) hatte der Stadtregierung zunächst eine tolerante Haltung gegenüber der Gemeinschaftsklinik abgerungen. Als sich jedoch die Gelegenheit ergab, die Klinik in einem weniger zentralen Gebäude unterzubringen, ergriff die Politik diese Chance und setzte damit auch der benachbarten solidarischen Landwirtschaft auf dem Gelände ein Ende. Für dieses zivilgesellschaftliche Projekt wurden keine Ersatzflächen beschafft. Vielmehr setzte die Stadtregierung die alten, noch vor der Krise entwickelten Vorhaben für die begehrte Fläche unverändert wieder auf die Agenda. Es blieb buchstäblich kein Platz für die selbstverwalteten Bottom-up-Initiativen und ihre Non-Profit-Bemühungen um alternative urbane Ernährungssysteme und Formen der demokratischen Selbstorganisation. Es zeigt sich hier wie auch in Spanien, dass der Staat nach den Austeritätskrisen alle rechtlichen Mittel im Kampf gegen die Aktivist*innen ausschöpft bzw. neue installiert: Auch in Griechenland ist beispielsweise die Dokumentation von Polizeigewalt inzwischen unter Strafe gestellt worden (vgl. Simsa, 2016).

Selbstredend wählten die aus der griechischen „Bewegung der Plätze“ entstandenen Graswurzelinitiativen ihre Räumlichkeit mit Bedacht aus. Ihre Ansiedlung auf öffentlichem Grund gilt nach griechischem Recht – wie jede Besetzung von öffentlichem oder privatem Eigentum – als illegal. Deshalb konnten

sowohl der Navarinou-Park als auch das selbstverwaltete landwirtschaftliche Feld und die Solidarklinik von Elliniko, sobald die Protestwellen abflauten, als inakzeptable Haus- bzw. Gebietsbesetzungen von der Staatsgewalt abgeräumt werden. Während die Klinik in ein kommunales Gebäude umziehen konnte, mussten die zivilgesellschaftlich betriebenen Stadtgärten aus der Öffentlichkeit verschwinden. Spätestens seit dem Regierungswechsel 2019, der Überwindung der finanziellen Rezession und dem damit verbundenen Wiedereinsetzen großer Investitionstätigkeiten wandelte sich das von Tonkiss (2013) beschriebene „Modell des Verzichts“ (auf staatliche Einmischung) wieder in ein „Modell der Verbote“ und der „Regierung der Polizei“. Um das „Vertrauen der Märkte“ zurückzugewinnen und das Bild eines geordneten, von jeder politischen Unruhe befreiten Landes abzugeben, nehmen die politischen Eliten ihre Rolle als Garant wirtschaftlicher Renditen wieder ein, als wäre nichts gewesen. Sie weisen Investitionsflächen aus und definieren die Resträume in deren Schatten top-down. Der ehemalige Flughafen von Elliniko genoss dabei höchste Priorität, aber auch der Navarinou-Park im Stadtteil Exarchia gerät mit den touristischen Ambitionen der Stadtregierung unter Druck. Die zuletzt erfolgte Einbeziehung der Aktiven im Navarinou-Park in die Entwicklungspläne der Stadtverwaltung – nach massivem öffentlichem Protest – deutet zwar auf einen Teilerfolg der Initiative hin. Eine Anerkennung des Status quo ist dabei aber nicht in Sicht. Vielmehr wird der Stadtgarten nun zu einem Exempel „der zeitweiligen Nutzung des öffentlichen Raums“, wie die Behörden dies offiziell betiteln, die sie zur Imagepflege für sich und die Stadtregierung aufgreifen und als staatlichen Erfolg einer Politik der Mitsprache labeln.

In Anlehnung an Rancières Überlegungen zum Dissens betrachtet Vardy (2019) die Taktik der räumlichen Selbstorganisation als einen Versuch der radikalen Re-Politisierung sozialer Beziehungen, bei dem es darum geht, politische Gemeinschaften und ihre Fähigkeit der Artikulation gerade als Subversion der hegemonialen (kapitalistischen) Gesellschaftsnarrative durch verräumlichte Praktiken der Selbstverwaltung entstehen zu lassen. In den Raumanweisungen der hier behandelten Projekte bahnten sich alternative und vom neoliberalen Mainstream abweichende Vorstellungen urbaner Möglichkeiten an.

Demgegenüber scheint das Selbstverständnis der griechischen Staatsgewalt von einer Ordnung der Polizei (Foucault) beherrscht zu sein. Sie fühlt sich schon von geringfügigen Abweichungen von vordefinierten Nutzungen und Rollen in entsprechend vordefinierten Räumen herausgefordert und sucht die politische Kraft utopischer Gegenräume im Keim zu ersticken. Es gibt keinen Willen zur Verhandlung, weil der Dissens in der Stadt prinzipiell keinen Platz haben soll. Mit Blick auf die Fallstudien ist allerdings zu bemerken, dass die subversiven Teile der Gesellschaft, wie Anarchist*innen und selbstorganisierte Gruppen, für Verhandlungen mit Vertreter*innen der Staatsgewalt auch nicht zugänglich sind. Der Navarinou-Park ist ein Beispiel für diese wechselseitige Abneigung, die langfristig in die Kooptation des Parkvorhabens und das Verbot der Bottom-up-Aktivitäten auf dem Gelände münden könnte.

Die ausgewählten Fälle mit ihren für die Bewegung typischen Organisationsstrukturen der Selbstverwaltung, direktdemokratischen Prozessen und gemeinwirtschaftlichen Programmen möchten eine klare politische Botschaft vermitteln, die sich auch in allen Pressestatements und Interviews niederschlägt. Es geht um einen sichtbaren Widerstand gegen die neoliberale Umstrukturierung der Stadt und die in der Folge entstehende segregierte Gesellschaft. Deshalb hängen ihre Experimente zur städtischen Demokratie mit der Art ihrer räumlichen Schwerpunktsetzung und den damit verbundenen Formen der Kommunikation und Agitation zusammen (vgl. Parker et al., 2019). Die Engagierten des Navarinou-Parks wählten bewusst das Format der Flächenbesetzung, um das gesellschaftliche Bedürfnis nach öffentlichen urbanen Räumen für alternative Gesellschaftsmodelle explizit zu machen. Sie inszenierten öffentlich einen sozialen Austausch ohne monetäre Absichten, um politische Begegnungen unabhängig von privaten oder staatlichen Interessen zu beflügeln. Auch die Metropolitan Community Clinic von Elliniko hat bewusst beschlossen, ihre Aktionen und das Beharren auf öffentlich zur Verfügung gestellten Räumen mit der Forderung nach freiem Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle zu verbinden.¹³ Räume, ihre Nutzung und die soziale Versorgung in Städten werden auf diese Weise vergemeinschaftet, als Kollektivgut und kollektives Anliegen auf der Bühne der Stadtöffentlichkeit in Szene gesetzt. Allerdings ist es den staatlichen Akteuren gelungen, die notwendigen sozialen Angebote der Klinik in Dienst zu nehmen, ohne dies mit einer Veränderung des staatlichen Gesundheitssystems zu verbinden.¹⁴ Wieder einmal wird damit eine soziale Innovation, die als Korrektur des unzureichenden Systems initiiert wird, für dessen Reparatur vereinnahmt (vgl. Schubert, 2021). Insgesamt sieht es damit so aus, als würden die politisch widerständigen Initiativen dort in eine nicht-intendierte Kooperation gezwungen, wo sie die etablierten Interessen mit der Erbringung nützlicher Leistungen unterstützen (Gesundheitsversorgung, Freiraumgestaltung), aber dort unterbunden, wo ihre alternativen Praxen den etablierten Status quo in Frage stellen, ohne ihn zugleich zu festigen.

Bezüglich der Stadtgartenbewegung in Athen möchten wir schließlich festhalten, dass die Besetzung öffentlicher Plätze einerseits an die internationale Anti-Austeritätsbewegung anschließt, andererseits auch in Bezug zu den antiken Traditionen der Selbstbestimmung auf der Agora gesehen werden kann. Im Vergleich zu diesen Traditionen wurde oft eine schwache und unpolitische Zivilgesellschaft im Griechenland der Gegenwart beklagt, die von einem tief verankerten Misstrauen gegenüber politischen Gruppierungen oder dem sozialen Engagement Einzelner geprägt sei. Die zehn Jahre der Finanz- und Wirtschaftskrise haben immerhin gereicht, eine aktive Zivilgesellschaft nennenswerter Größe hervorzu- bringen und die gängige Annahme über das apolitische Selbstverständnis der

¹³ Ihre Gesundheitsleistungen sind prinzipiell kostenlos und es werden auch keine Geld-, sondern nur Sachspenden angenommen.

¹⁴ Insbesondere während der Covid-Pandemie wurden hier viele Unversicherte behandelt.

griechischen Bevölkerung zu widerlegen. Bis heute finden die verschiedenen Initiativen breite Akzeptanz und Wertschätzung in der Bevölkerung, die vorher typische Skepsis scheint auch langfristig zu schwinden. Die Initiativen nutzten die lange Zeit der Krise als Gelegenheit, um die Botschaft von einer aktiven Zivilgesellschaft und alternativen Möglichkeiten der Organisation des Stadtlebens zu verbreiten. Ihr weiterer Fortbestand hängt nicht zuletzt von der weiteren Notwendigkeit dieser alternativen Möglichkeiten ab sowie von der Frage, ob es den griechischen und europäischen Institutionen gelingt, das Vertrauen der Protest-Generationen wiederzugewinnen.

Literatur

- Arampatzi, A. (2018). Constructing Solidarity as Resistive and Creative Agency in Austerity Greece. *Comparative European Politics*, Volume 16, 50–66. doi.org/10.1057/s41295-016-0071-9
- Avdikos, V. (2011). *The political closeness of open public space; reflections from Parko Navarinou in Athens*. International Conference Critical Geography, Frankfurt. Proceedings.
- Baier, A., Kropp, C. & Chr. Müller (2019). Transformative Ernährungsunternehmen/ung/en als Teil sozialer Bewegungen. In Antoni-Komar, I., Kropp, C., Paech, N. & R. Pfriem (Hrsg.), *Transformative Unternehmen und die Wende in der Ernährungswirtschaft* (S. 23–50). Marburg: Metropolis.
- Dalakoglou, D. (2012). Beyond Spontaneity: Crisis, violence and collective action in Athens. *City*, 16(5), 535–545. doi.org/10.1080/13604813.2012.720760
- Della Porta, D. (2015). *Social Movements in Times of Austerity*. Cambridge: Polity.
- Global Construction Review vom 5.6.2017. Greece approves \$8bn Chinese-backed revamp of Athens' old Olympics-airport site. *Global Construction Review*. Online verfügbar unter globalconstructionreview.com/news/greece-approves-8bn-chinese-back7ed-reva7mp-at7hen/ (letzter Zugriff am 18.01.2023).
- Harvey, D. (2008). The Right to the City. *New Left Review*, 53, 23–40.
- Kaika, M. & L. Karaliotas (2016). The spatialization of democratic politics: Insights from Indignant Squares'. *European Urban and Regional Studies*, 23(4), 556–570.
- Kaldor, M. & S. Selchow (2015). *Subterranean Politics in Europe*. London: Palgrave Macmillan.
- Klein, A., Lehgrand J., Rohwerder, J. & J. Roose (2018). 30 Jahre Forschungsjournal Soziale Bewegungen: Ein Überblick über zentrale Diskurse. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 31(1–2), 1–22.
- Kouki, H. & J. F. Gonzalez (2016). Syriza, Podemos und die Anti-Austeritäts-Mobilisierungen. Bewegungen und Parteien in Zeiten der Krise. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 29(1), 61–71.
- Kousis, M. (2016). The Spatial Dimension of the Greek Protest Campaign against the Troika's Memoranda and Austerity, 2010–2013. In M. Ancelovici, P. Dufour & H. Nez (Hrsg.), *Street Politics in the Age of Austerity: From the Indignados to Occupy* (S. 147–173). Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Kropp, C. & Chr. Müller (2018). Transformatives Wirtschaften in der urbanen Ernährungsbewegung: zwei Fallbeispiele aus Leipzig und München. *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, 62(3–4), 187–200.
- Leontidou, L. (2012). Athens in the Mediterranean 'movement of the piazzas'. Spontaneity in material and virtual public spaces. *City*, 16(3), 299–312.
- Moroglou, A. (2020). *From anti-austerity protests to urban alternative futures. Potentialities in the post-crisis city of Athens*. Stuttgart: Unveröff. Masterarbeit.
- Parker, P., Vogel, N. & Diedrich, L. (2019). Investigating the Democratic Potential of Temporary Uses in Urban Redevelopment Projects. In Fisker, J. K., Chiappini, L., Pugalís, L. & A. Bruzzese (Hrsg.), *Enabling Urban Alternatives: Crises, Contestation and Cooperation* (S. 85–108). Springer Singapore.
- Parkingparko (o. J.). Block der Versammlung des Navarinou-Park. Online verfügbar unter parkingparko.espiblogs.net/deu/die-geschichte-des-parks/ (letzter Zugriff am 17.01.2023).
- Roth, R. & Rucht, D. (Hrsg.) (2008). *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt/New York: Campus.
- Schubert, C. (2021). Innovation als Reparatur. In B. Blättel-Mink, I. Schulz-Schaeffer & A. Windeler (Hrsg.), *Handbuch Innovationsforschung* (S. 381–392). Wiesbaden: Springer Nature.

- Simsa, R. (2016). Gesellschaftliche Folgen neoliberaler Sozialpolitik in Spanien: Ausprägungen und Antworten der Zivilgesellschaft. *SWS-Rundschau*, 56(1), 97–111.
- Souliotis, G. (2019). Το σχέδιο για την ανάπλαση των Εξαρχείων (Online newspaper vom 8.12.2019). Kathimerini. Online verfügbar unter kathimerini.gr/1037899/article/epikairothta/politikh/to-sxedio-gia-thn-anaplash-twn-e3arxeiwn (letzter Zugriff am 28.06.2023).
- Stavrides, S. (2015). Common Space as Threshold Space: Urban Commoning in Struggles to Re-appropriate Public Space. *Footprint*, 9, 9–20. doi.org/10.7480/footprint.9.1.896
- Tonkiss, F. (2013). Austerity urbanism and the makeshift city. *City*, 17(3), 312–324. doi.org/10.1080/13604813.2013.795332
- Vardy, S. (2019). Urban Dissensus: Spatial Self-Organisation at Wards Corner. In J. K. Fisker, L. Chiappini, L. Pugalis & Bruzzese, A. (Hrsg.), *Enabling Urban Alternatives: Crises, Contestation and Cooperation* (65–81). Springer Singapore.
- Varvarousis, A. & Kallis, G. (2017). Commoning Against the Crisis. In M. Castells, *Another Economy is Possible: Culture and Economy in a Time of Crisis* (S. 226). London: Polity.

